

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نپاشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Ausgabe vom 24.01.2018

Von Peter Steiniger

26.01.2018

Urteil über Brasilien

Stunde der Entscheidung in Porto Alegre. Gericht befindet über das politische Schicksal von Expräsident Lula da Silva



Im Visier der Klassenjustiz: Brasiliens Volk soll den populären Linkspolitiker Lula nicht erneut wählen dürfen

Foto: Ricardo Stuckert

Die Demonstranten kommen mit Bussen aus dem ganzen Land in die Hauptstadt des Bundesstaates Rio Grande do Sul. Mit sich führen sie Fahnen der Arbeiterpartei und

anderer linker Organisationen und Transparente, auf denen Losungen stehen wie »Wo sind die Beweise?«, »Eine Wahl ohne Lula ist Betrug« oder »Wer Lula anrührt, vergreift sich an allen«.

Vor einer Kammer des regionalen Bundesgerichts in Porto Alegre wird am Mittwoch über die Berufung des Politikers von der Arbeiterpartei PT entschieden, der Brasilien von 2003 bis 2010 regierte. Das Interesse der Öffentlichkeit ist gewaltig, die Sicherheitsvorkehrungen sind enorm. Richter Sérgio Moro aus Curitiba, von dem Leitmedien zum Star hochstilisiert, hatte Luiz Inácio Lula da Silva am 12. Juli des vergangenen Jahres nach einer Anklage wegen Geldwäsche und Korruption zu neuneinhalb Jahren Haft verurteilt. Der Baukonzern OAS soll, so geht Moros Erzählung, bei Verträgen mit dem Ölkonzern Petrobras begünstigt worden sein, der frühere Staatschef als Prämie ein für ihn aufgemöbeltes dreiteiliges Appartement in Guarujá an der Küste des Bundesstaates São Paulo kassiert haben.

Eine ordentliche Absteige hätte sich Lula wirklich verdient. Dank der von seinen Regierungen ins Leben gerufenen Sozialprogramme konnten Millionen sozial aufsteigen und dem Hunger entkommen. Bildungschancen erhielten auch jene, deren Eltern nicht zu den Privilegierten in einem der Länder mit der größten Ungleichheit zählen. International erwarb sich Brasilien mit einer aktiven, unabhängigen Diplomatie Respekt. Es war einmal. 2016 wurde Lulas Nachfolgerin Dilma Rousseff durch ein Komplott gestürzt, die korrupten Vertreter der reichen Eliten, das Herrenhaus, wie man hier sagt, übernahmen das Ruder. Mit dem Burgfrieden der Klassen, an den die PT-Lenker lange glauben wollten, ist es längst vorbei.

Moros Urteil ist das viele Papier nicht wert, auf dem es steht. Kriminelle Handlungen werden Lula nicht nachgewiesen, das Triplex-Appartement hat den Besitzer nie gewechselt. Die Ermittlungen kennzeichnete eine Reihe schwerer Rechtsbrüche, die aus den oberen Etagen der Justiz zuverlässig gedeckt wurden, wo die politischen Strippen gezogen werden. Dass Lula ausgeschaltet werden soll, ist der logische Endpunkt des parlamentarischen Putsches. Denn seine Popularität übertrifft die aller anderen denkbaren Kandidaten für die im Herbst anstehenden Präsidentschaftswahlen. Mit der Entscheidung in Porto Alegre droht ihm der Entzug seiner politischen Rechte. Um Haft abzuwenden, bleiben Lulas Verteidigern Rechtsmittel. Lula ins Gefängnis zu stecken, hat bisher nicht einmal Moro gewagt.

Für Lula und seine Anhänger wird Porto Alegre eine wichtige Kraftprobe. Die Straße soll die parteiischen Richter unter Druck setzen. Es ist ein emotionaler Kampf. Für viele ist der

Expräsident der Hoffnungsträger, während sich im Land die Misere ausbreitet. Bereits am Dienstag fanden in der Stadt große Demonstrationen von Frauenorganisationen und der Landlosenbewegung MST statt. Auch die großen Gewerkschaftsverbände haben nach Porto Alegre mobilisiert. Tausende werden vor dem Gericht eine Mahnwache abhalten. Außerhalb Brasiliens gibt es an vielen Orten Kundgebungen und Veranstaltungen, aus aller Welt erreichen den Politiker Solidaritätsadressen.

Eine solche erhielt die Arbeiterpartei am Dienstag auch aus dem Berliner Karl-Liebknecht-Haus. Die Vorsitzenden der Partei Die Linke, Katja Kipping und Bernd Riexinger, befürchten darin »einen politischen und unfairen Prozess«. Die Kampagne gegen Lula diene offensichtlich dazu, »Lulas Präsidentschaftskandidatur zu verhindern«. Brasilien müsse »endlich zur Demokratie zurückkehren«, mit großer Besorgnis beobachte man »die neoliberale und antiemanzipatorische Politik des Interimspräsidenten Michel Temer«. Brasiliens Bürger sollten »ihre Regierung endlich wieder selbst wählen dürfen.«